

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 43

Von 21.Oktober bis

27.Oktober 2024

Opposition will Klarheit haben

Heftige Kritik an der „unehrlichen Politik“ der schwarz-roten Landesregierung beim Kaunertal-Kraftwerk übt der Klubchef der Liste Fritz Markus Sint. „Wenn der Landesenergieversorger Tiwag endgültig die Hände vom Ötztaler Wasser lassen soll, dann müssen Landeshauptmann Mattle (VP) und die schwarz-rote Landesregierung nur einen Regierungsbeschluss dazu fassen.“ Die Tiwag als Landesunternehmen benötige einen anderen, neuen Auftrag, denn derzeit setze sie den geltenden Regierungsbeschluss für Großkraftwerke im Oberland um.

Markus Sint nimmt allerdings auch die Tiwag in die Pflicht. „Seit zehn Jahren sagen die Tiwag-Chefs, ohne Wasser aus dem Ötztal sei das Mega-Pumpspeicherkraftwerk Kaunertal nicht wirtschaftlich. Jetzt planen sie vorerst ohne Wasser aus dem Ötztal und es soll trotzdem wirtschaftlich sein.“



Sint drängt auf Beschluss der Regierung. Foto: Daniel Liebl

Der freiheitliche Parteichef **Markus Abwerzger** fordert eine eidesstattliche Erklärung, dass keine Wasserableitungen für das Kraftwerk Kaunertal aus dem Ötztal erfolgen würden, „ansonsten muss das Projekt sofort begraben werden“. Man stehe hinter der Energiegewinnung aus Wasserkraft, aber nicht jedes Projekt müsse um jeden Preis durchgeboxt werden.

Auch die NEOS orten politischen Handlungsbedarf: „LH Mattle muss ein Machtwort sprechen und die Tiwag an die kurze Leine nehmen“, erklärt Abgeordnete **Susanna Riedlsberger**. (pn)

Kritik an langfristiger Vermietung von Stift Fiecht

Christoph Swarovski erhält binnen drei Jahren 1,6 Mio. Euro für das Beherbergen von Ukrainern. Liste Fritz legt Vertrag offen.

Von Alexandra Plank

Wien – Rund um den Kauf des Stifts Fiecht durch den Industriellen Christoph Swarovski gibt es erneut Aufregung. LA Markus Sint (Liste Fritz) kritisiert den Mietvertrag, der zwischen den Tiroler Sozialen Diensten (TSD) und Swarovski zur Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge abgeschlossen wurde. Dieser gilt von 1. Oktober 2023 bis 30. September 2026.

In den vergangenen zwei Jahren durften die TSD das Gebäude „auf Leihbasis“ nutzen. Ab 2022 stellte Swarovski dem Land Tirol Platz für über 100 Ukrainer im Stift zur Verfügung.

Sint kritisiert an der Vereinbarung vor allem die hohen Kosten für den Steuerzahler: „Sie belaufen sich auf 45.000

“ **Die aktuelle Vermietung an die TSD ist weder kostendeckend noch wirtschaftlich sinnvoll.**“

Christoph Swarovski
(Eigentümer Stift Fiecht)

Euro pro Monat. Das sind auf die drei Jahre gerechnet rund 1,6 Millionen Euro.“ Das sei ein „lukrativer“ Mietvertrag für den Unternehmer.

Ihn stört auch, dass Swarovski als Vermieter die Nutzung in den ersten zwei Jahren auf

Ukrainer eingeschränkt hat. Er fragt sich auch, warum die TSD das Stift Fiecht überhaupt angemietet hat. Als der Vertrag unterzeichnet wurde, seien die Flüchtlingsheime nämlich nur schwach ausgelastet gewesen – zu 70 Prozent statt der Zielvorgabe von 85 Prozent. Das unter Denkmalschutz stehende Stift eigne sich außerdem nur bedingt für die Beherbergung von Flüchtlingen. Von den rund 4500 m² Fläche könnten nämlich nur rund 3000 m² fürs Wohnen genutzt werden.

Wie die *TT* berichtete, beschloss der Vomper Gemeinderat 2018 die Widmung „Sonderfläche Grünanlage“ für die dazugehörigen 1,7

Hektar Freiland. Ansonsten hätte Swarovski, der kein Landwirt ist, das Stift nicht kaufen können. All das wurde eingeleitet, da eine Bildungsstätte samt digitalem Campus im ehemaligen Stift

geschaffen werden sollte. Ein Sprecher konterte die aktuelle Kritik: „Dr. Swarovski hat von April 2022 bis Ende September 2023 auf sämtliche Mieteinnahmen verzichtet und zudem die sehr erhebli-

chen Personalkosten (Hausmeister, Reinigungskräfte, etc.) getragen.“ Die aktuelle Vermietung an die TSD sei weder kostendeckend noch wirtschaftlich sinnvoll. Er sehe dies als Beitrag zur Bewältigung der ukrainischen Flüchtlingskrise.

Derzeit würden Gespräche für die langfristige Nutzung des Stiftes geführt. Ziel des Eigentümers Swarovski sei, das Stift einem gemeinschaftlichen und öffentlichen Nutzen zuzuführen. Abschließend hält er fest: „Der Abgeordnete Sint ist herzlich eingeladen, das Stift Fiecht zu erwerben und eine Bewahrung des Stiftes im öffentlichen Interesse sicherzustellen.“



Das Stift Fiecht gehört dem Industriellen Christoph Swarovski. Dort war eine Bildungsstätte geplant, nun beherbergt es Flüchtlinge. Foto: Harald Hintner

So ist bei der UMIT allen geholfen

Thema: „Immer mehr Zuschüsse, aber weniger Erlöse“, *TT*, 18. Oktober.

Die Stellungnahme der Liste Fritz zur UMIT klingt überzeugend logisch:

UMIT auflassen und die Räumlichkeiten dem MCI eingliedern und den Neubau um Unsummen vergessen. So ist allen geholfen, und das fast ab sofort. Das MCI hat in den wunderbaren Bauten in

Hall genügend Platz für die Erweiterung, Hall bekommt Studenten und Professoren und dies belebt zusätzlich die Stadt. ÖVP/SPÖ, nehmt euch bei der Hand und zeigt endlich Führungskompe-

tenz. Fürchtet euch nicht vor den „Das geht nicht“-Sagern. Genau das ist es, was die Bevölkerung will und von euch erwartet.

Fritz Pröll, 6060 Hall

Innsbrucker Schuldenstand wird 2025 deutlich steigen

BM Anzengruber betont die Notwendigkeit, in die regionale Wirtschaft zu investieren. Vereinssubventionen sollen auf Level von 2024 bleiben.

Innsbruck – Beim Sondergemeinderat zum Rechnungsabschluss der Stadt Innsbruck fürs Jahr 2023 – den inhaltlich noch Georg Willi (Grüne) zu verantworten hatte – wurde Bürgermeister und Finanzreferent Johannes Anzengruber („JA – Jetzt Innsbruck“) gestern einhellig entlastet. SPÖ und „Neues Innsbruck“ hielten sich der Stimme.

Wesentlich brisanter ist reichlich die Budgeterstellung fürs kommende Jahr. Und da steht fest: Während Innsbruck 2023 den Gesamt-schuldenstand noch um ca. 40 Mio. Euro abbauen konnte (s. Infokasten), wird es 2025 zu einer erheblichen Neuverschuldung kommen.

Die schwierigen Rahmenbedingungen seien dieselben wie auf Landes- und Bundesebene, erklärt Finanzdirektor Martin Rupprechter: eine gemälerte Ertragssituation bei gleichzeitiger Erhöhung der Ausgaben durch Indexsteigerungen in allen Bereichen: Die Schere geht weiter auf.“

Erhebliche Neuverschuldung

BM Anzengruber spricht von einem „harten Weg“ zum Budget. An der Aufnahme neuer Schulden führe dabei kein Weg vorbei, um Impulse für die lokale Wirtschaft setzen zu können – natürlich auch mit Blick auf Kommunalsteuereinkommen, von denen die Stadt dann wieder profitiert. Daher wolle man 2025 generell großes Augenmerk auf die Stärkung des Wirtschaftsstandortes legen, etwa auch durch die Vorbereitung von Gewerbestellen für neue Unternehmensansiedlungen.“

„Altlasten“ in Form endfälliger Kredite für Tram/Regionalbahn und Patscherkofelbahn schränken die finanzielle Beweglichkeit der Stadt weiter ein, „auch die Gestaltungs-entriebe werden uns in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu schaffen machen“, sagt Anzengruber – Stichwort: steigende Pensionszahlungen.



Bürgermeister Johannes Anzengruber (hier mit „Vize“ Georg Willi, r.) wurde beim Rechnungsabschluss für 2023 entlastet. Alle Augen sind aber längst aufs Budget für 2025 gerichtet – und der Weg dorthin wird hart. Foto: Falk/TT

Wie hoch die Neuverschuldung für 2025 ausfallen wird, lasse sich „noch nicht genau beziffern“, so der Bürgermeister zur *TT*. In einem Bericht der *Kronen Zeitung* war unter Berufung auf stadtinterne Unterlagen von einer Netto-Neuverschuldung von 40 Mio. Euro die Rede. Offiziell wird dies vorerst nicht bestätigt.

Was Anzengruber hervorhebt: Bei Vereinssubventionen solle es – anders als in Hall – keine größeren Kürzungen geben: „Wir wollen den Vereinen

im Sinne der Planungssicherheit das zusichern, was 2024 an Subventionen ausbezahlt wurde.“ Vertraglich vereinbarte Indexierungen würden eingehalten.

Aktuell laufen Anzengruber zufolge die Budgetvorbereitungen auf Ressortebene, sobald ein erster Entwurf vorliegt, sollen die politischen Budgetgespräche starten.

Die Debatte im Gemeinderat drehte sich gestern erwartungsgemäß stark um die Frage, wo und wie künftig gespart werden soll: „Wir dürfen nur intelligent sparen“, erklärte Anzengruber. Bei den städtischen Bediensteten könne man etwa nicht großartig den Rotstift ansetzen: „Personal muss uns etwas wert sein.“

Von Teilen der Opposition kamen warnende Worte: Angesichts der aufklaffenden Einnahmen-Ausgaben-Schere bestehe dringender Handlungsbedarf, sagt Markus Stoll („Das Neue Innsbruck“). Wobei auch er betonte, dass es neben dem Sparen auch kluge

Investitionen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes brauche.

Klubobfrau Andrea Dengg (FPÖ) fordert, dass sich die Stadt „aufs Wesentliche konzentrieren“ müsse. „Eine Platzgestaltung um 8,99 Mio. Euro werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können“, meinte sie mit Blick auf den Bozner Platz. Tom Mayer (Liste Fritz) will statt „Nice to have“-Projekten Investitionen etwa in die Energieeffizienz städtischer Gebäude. (md)

Zur Jahresrechnung

Operativen Einnahmen von 498,8 Mio. Euro standen 2023 Ausgaben von 462,6 Mio. Euro gegenüber.

Die liquiden Mittel haben sich gegenüber 2022 um 22,6 Mio. Euro reduziert.

Der Schuldenstand der Stadt konnte um ca. 6 Mio. Euro auf 158,7 Mio. Euro (Jahresende 2023) gesenkt werden.

LONG SHOPPING FRIDAY
HEUTE



M4
W'ORGL

GROSSE FASHIONSHOW MIT SILVIA SCHNEIDER